

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfa., monatlich 30 Pfa. Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Tel. 4596. — **Postfachkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — Verlag in Leipzig,
Tauscher Straße 19/21 — **Telephon 4596**

Inseratenpreise: Die 7spaltige Kolonelle oder deren Raum 1,90 M., bei Platzvorschrift 2,30 M.; Familienanzeigen, die 7spaltige Zeile 1,70 M. Reklame-Kolonelle 7,50 M. — **Telephon** für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Annahme für die folgende Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das italienische Proletariat in der Aktion.

Der Kampf in Italien.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Der Berliner Volksanzeiger meldet aus Lugano: In Mailand versammelten sich gestern die Vertreter der hauptsächlichsten Arbeiterorganisationen, um über die Frage zu beraten, ob die Besitzergreifungen der Fabriken durch die Arbeiter sofort auf alle Fabriken dieser Art in ganz Italien ausgedehnt werden solle, oder noch Versuche zu einer Verständigung durch Vermittlung der Regierung gemacht werden sollen. Beschluß wurde noch nicht gefaßt. In verschiedenen Städten sind die Arbeiter von sich aus zur Verjagung der Besitzer geschritten, obwohl ihre Fabriken nicht der Metallindustrie angehören, so in Mailand die Arbeiter einer Glasfabrik und in Turin einer Fabrik von Sauerstoffbomben. Im übrigen ist auch der gestrige Tag ohne ernste Zwischenfälle verlaufen. In Terni befehlten Arbeiter die Eisen- und Stahlwerke, in Palermo die Schiffswerften. In Turin haben laut dem Corriere della Sera die Arbeiter der mehr als 20 000 Mann beschäftigenden Automobilfabrik Fiat die Fabrik in den Verteidigungszustand versetzt, und zwar mit Schlingengräben, Maschinengewehren, Drahtverhauen, Maschinengewehren und sogar zwei Tanks. Uebrigens seien sie mit der Herstellung von Bomben beschäftigt. Die Regierung verhält sich neutral.

Rom, 5. September. Laut einer Meldung des Temps haben Arbeiter eine Seewerk in Ancona besetzt. Wie Giornale d'Italia aus Genua berichtet, wurde in dem dortigen Hafen auf zwei im Trendobock liegenden Dampfern die rote Fahne gehißt.

Paris, 5. September. Wie die Agence Havas aus Triest meldet, dehnt sich die Arbeiterbewegung aus. Man meldet Zusammenstöße zwischen Truppen und Streikenden.

Paris, 5. September. Wie der Temps meldet, haben die bolschewistischen Schiffe in Genua sich aller im Hafen liegenden Handelsschiffe bemächtigt und drohen, alle Kriegsschiffe, die den Versuch machen sollten, in den Hafen einzufahren, zu beschleichen.

Programmatische Erklärung italienischer Sozialistenführer.

Mailand, 4. September. Der Messaggero erzählt aus Bologna, daß ein Ausschuh aus zahlreichen sozialistischen Abgeordneten, darunter Turati, Trevis, Praspolini und andere Vertreter der sogenannten Konzentrationsgruppe der sozialistischen Partei, eine Kundgebung erlassen haben, in der darauf hingewiesen wird, daß die Grundzüge der Methoden des Maximumismus den Bedürfnissen der Nation immer weniger entsprechen. Die Abgeordneten der Konzentrationsgruppe erklären sich zu intensiver Arbeit im Parlament, den Gemeinden und den Wirtschaftskörperschaften zwecks Errichtung der sozialistischen Gesellschaft bereit. In Reggio (Emilia) soll vom 12. bis 20. September ein neuer Kongress stattfinden, um ein Programm auszuarbeiten.

Die Umgestaltung der preußischen Polizei.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Die Berliner Montagspost berichtet, daß die Umgestaltung des preußischen Polizeiwesens unmittelbar vor ihrer Vollendung steht, nachdem fast täglich Besprechungen im preußischen Ministerium des Innern unter Leitung des Ministerialdirektors Abegg stattfinden, der am heutigen Montag die Oberpräsidenten der Provinzen und die Leiter der einzelnen Provinzial-Sicherheitspolizeien zu dem Plan Stellung nehmen lasse. Es ist an maßgebender Stelle bekannt, daß unter den Oberpräsidenten zum Teil recht starke Opposition gegen die neuen Pläne besteht. Die Leiter der Provinzen befürchten, daß eine Schwächung der Disziplin (!) verhängnisvolle Folgen haben muß.

Dittmanns Artikel.

Berlin, 6. September. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der Welt am Montag bespricht Helmut von Gerlach den Artikel Dittmanns über die deutschen Arbeiter in Rußland. Er erklärt: „Es gibt Artikel, die sind eine Tat. Den von Dittmann über deutsche Arbeiter in Rußland in der Freiheit vom 31. Aug. rechne ich dazu. Er ist politischer Anschauungsunterricht höchsten Ranges, wirkungsvoller als 100 Broschüren über den Bolschewismus.“

Die deutsche Regierung gewährt Frankreich Genugtuung.

Berlin, 6. September. (Tl.) Die Minister Dr. Simons und Severing fanden sich gestern nachmittags auf der Berliner französischen Botschaft ein. Außenminister Dr. Simons gab eine kurze Erklärung ab, in der auf die bekannten Breslauer Vorfälle

und auf frühere ähnliche Ereignisse, sowie auf die Erklärung der französischen Regierung hingewiesen wurde, daß sie mit der deutschen Regierung in einer Atmosphäre der Veruhigung und der Arbeit liebe und friedliche Beziehungen unterhalten wolle. Der Minister fuhr dann fort, denselben Wunsch habe auch die deutsche Regierung. Sie mißbillige entschieden diese Vorkommnisse, die, wie die Vorgänge in Breslau, durch gewisse Umstände und Ereignisse zwar erklärlich, aber nicht gerechtfertigt seien. Die deutsche Regierung bedauert alle Zwischenfälle, deren Opfer französische Vertreter oder Staatsangehörige geworden sind und wird die in der Note vom 30. August geforderte Genugtuung gewähren. Der französische Botschafter erwiderte: Im Namen der Regierung der Republik Frankreich nehme ich Kenntnis von der Erklärung Em. Excellenz und der Zusage der deutschen Reichsregierung, daß sie die ihr mitgeteilten Wiedergutmachungsforderungen erfüllen wird. Lassen Sie mich, Herr Minister, der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich ähnliche Zwischenfälle nicht wiederholen und die Beziehungen Deutschlands und Frankreichs sich von nun an im Geiste friedlichen Zusammenarbeitens gestalten werden, welcher für die wirtschaftlichen Wiedergutmachungen und das Gedeihen beider Teile so notwendig ist. Sodann machte Reichsminister Simons und der Minister des Innern Severing von den eingeleiteten Maßnahmen Mitteilung.

Die neue deutsche Note über Oberschlesien.

M. Berlin, 6. September. Die neueste Oberschlesien betreffende Note der Reichsregierung an den Präsidenten der Friedenskonferenz bringt eine Anzahl einwandfrei festgestellter besonders empörender Gewalttaten gegen Deutsche in Oberschlesien zur Sprache und verlangt, daß eine an den Vorgängen in Oberschlesien unbeteiligte Stelle die erforderlichen Feststellungen vornimmt. Die deutsche Regierung schlägt zu diesem Zweck eine von Deutschland, Polen und den alliierten Hauptmächten zu wählende Kommission aus Angehörigen solcher Staaten vor, die nicht zu den Signatarmächten des Vertrags von Versailles gehören. Die Regierungen in Paris, London, Rom und Warschau, sowie der päpstliche Stuhl sind von dem Inhalt der Note in Kenntnis gesetzt worden.

Englischer Protest gegen das Verhalten der Franzosen.

Aus Oberschlesien wird gemeldet, daß die drei englischen Kreisinspektoren in Tarnowitz, Groß-Strelitz und Reuthen ihre Entlassung eingereicht haben mit Rücksicht auf die in ihren Bezirken von französischer Seite geübte Parteilichkeit. Den Kreisinspektoren in Tarnowitz und Groß-Strelitz ist die Entlassung bereits bewilligt worden.

Die Wiedergutmachungskonferenz in Genf.

London, 4. September. Reuter erzählt von ausländischer Seite, daß der 24. September als vorläufiges Datum für die Zusammenkunft der Wiedergutmachungskonferenz in Genf festgesetzt worden ist. Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit kundgegeben, Vertreter zu entsenden. Es ist indessen möglich, daß sich durch das Zusammenfallen mit der Brüsseler Finanzkonferenz Schwierigkeiten ergeben. In diesem Falle wird ein Aufschub notwendig werden. — Die Bolschafertkonferenz tritt am 6. September in Paris wieder zusammen.

Reichspräsidentenwahl noch in diesem Jahr.

Berlin, 4. September. Ueber den Termin der Reichspräsidentenwahl ist bis jetzt eine endgültige Entscheidung noch nicht gefallen. Aber unter den maßgebenden Parteien des Reichstages hat sich in unverbundenen Besprechungen Uebereinkommungen darin gezeigt, daß die Wahl noch im Laufe dieses Jahres vorgenommen werden soll. Das gleiche gilt auch für die preußischen Landtagswahlen.

Krieg zwischen Litauen und Lettland.

Paris, 5. September. Ein Moskauer Funkpruch meldet, daß Feindseligkeiten zwischen Lettland und Litauen begonnen hätten. Der Funkpruch erklärt, daß die lettischen Soldaten nicht in den Krieg ziehen wollten.

Zusammenstöße zwischen Streikenden und Polizei in Amerika.

Die Londoner Times meldet aus New York: Mit Rücksicht auf den vor einigen Tagen ausgebrochenen Streik in Brooklyn sind Tausende von Arbeitern nach Brooklyn gebracht worden, um zu versuchen, den Tramwayverkehr wieder herzustellen. Schwere Zusammenstöße fanden zwischen Polizei, Auswärtigen und Streikbrechern statt.

Wie lange noch?

B. A. Die Kali-Industrie hat in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 und den ersten Monaten des Jahres 1920 gewaltige Werttagewinne eingestiftet. Ihre Bilanzen waren Schulbeispiele für die verfehlte Wirtschaftspolitik, welche im „demokratischen“ Deutschland getrieben worden ist, und wir möchten wenigstens an einige dieser aufsehenerregenden Abschlüsse erinnern.

Die Kaliwerkerschaft Gild auf, Sondershausen, schlug außer der laufenden Quartalsausbeute von 900 M. eine Extraausbeute von 5000 M. pro Kuz vor, für die insgesamt 13 Millionen Mark aus dem gewaltig gestiegenen Reingewinn in Anspruch genommen wurden.

Die Kaliwerkerschaft Burbach wies für 1919 einen Betriebsgewinn von fast 11 Millionen gegen etwa 4 Millionen im Jahre 1918 aus, während die Anteile nur von 2% auf 4 Millionen Mark gestiegen waren.

Die A.G. Deutsche Kaliwerke verfügten über ein Aktienkapital von 40,55 Millionen. Aus dem Betriebsüberschuss des Jahres 1919 verwandten sie 2 Millionen für Abschreibungen, 30 (wirklich dreißig) Millionen für Rückstellungen. Die Dividende betrug 25 Prozent und außerdem wurde das Aktienkapital um 21,15 Millionen Mark erhöht. Da jeder Aktionär auf drei alte Aktien eine neue zum Kurse von 125 Prozent erhalten konnte, ergab sich auf dem Umwege über diese Kapitaltransaktion eine weitere annehmbare Gewinnquote.

Bei der Kaliwerkerschaft Thüringen wurde eine Ausbeute von 1000 M. pro Kuz verteilt, während noch Ende November 1919 beabsichtigt wurde, wegen der eingetretenen Verluste eine Zubeute von 1 1/2 Millionen von den Kuzenhabern einzufordern.

Die halleischen Kaliwerke erzeugten im Jahre 1918 77 265 Doppelzentner Kali und 43 849 Kilogramm Brom und zahlten eine Dividende von 6 v. H. Im Jahre 1919 verringerte sich die Produktion auf 53 208 Doppelzentner Kali und 1256 Kilogramm Brom, dagegen erhöhte sich die Gewinnausbeute auf 25 Prozent!

Die glücklichen Aktionäre haben demnach aus den Ueberflüssen der Werke hohe Dividenden gezogen und sich über die Wirtschaftspolitik des neuen Deutschland weidlich amüsiert, besonders da an der Spitze des Reichswirtschaftsministeriums zur gleichen Zeit ein leidenschaftlicher Sozialdemokrat stand. Selbst die bürgerliche Presse konnte nicht umhin, ihr Erstaunen darüber auszudrücken, daß ein sogenannter „gemeinwirtschaftlicher Selbstverwaltungskörper“, wie wir ihn in der Kali-Industrie angeblich besitzen, eine derart schamlose Profitpolitik treiben dürfe. Wir erinnern nur an die scharf zugespitzte Polemik zwischen Berliner Tageblatt und Kalisyndikat, die in der Bemerkung der Handelsredaktion des B. T. gipfelte:

„Eine Gemeinwirtschaft, die die Kriegsgewinnerei nach Beendigung des Krieges einführt oder fortführt, ist keine Gemeinwirtschaft, sondern eine Interessen- und Profitwirtschaft.“ — — —

Der Forderung einer großen Ausfuhrabgabe, die von uns erhoben worden ist, als die Gewinne ununterbrochen stößen, wurde damals nicht stattgegeben. Erst viel später trat das Reichswirtschaftsministerium mit dem Verlangen einer Abgabe auf, die mit einer viertel Milliarde beziffert wird. Jetzt läuft die Kali-Industrie aber gegen dieses Verlangen an und weist auf die gänzlich veränderte Konjunktur hin, die keine Gewinne, sondern angeblich sogar gewaltige Verluste bringe. Eine Mitteilung berechnet die bisher eingetretenen Verluste auf 300 Millionen Mark, aber wir haben allen Anlaß, derartigen Angaben mehr als skeptisch gegenüber zu stehen und möchten nur nebenbei die Frage aufwerfen, wie hoch die im ersten Quartal 1920 erzielten Werttagewinne, die ja bei den Bilanzen für 1919 noch nicht berücksichtigt sein können, gewesen sind? Bekanntlich ist der Tiefstand der deutschen Mark im Januar/Februar 1920 erreicht worden und es ist ganz sicher, daß zu einer Zeit, als der Preis des Dollars um 100 M. herumpendelte, Konjunkturgewinne realisiert worden sind, die weit über den oben angeführten günstigen Ergebnissen des Jahres 1919 stehen.

Wie schädlich die Preispolitik des Kalisyndikats für die deutsche Wirtschaft gewesen ist, davon haben viele Kreise kaum eine Ahnung. Es steht aber fest, daß infolge der verhältnismäßig hohen Inlandspreise, die für dieses wichtige Dünngemittel gefordert werden, eine große Anzahl Landwirte diesmal auf die richtige Anwendung von Dünngemitteln verzichtet hat und der Ertrag der neuen Ernte, die durch das Wetter überall gefördert wurde, ist weit unter den früheren Erwartungen geblieben, weil der Boden keine genügende Anreicherung erfahren hatte. Bei dem herrschenden Mangel an Brotgetreide und Futtermitteln aber bedeutet der Ausfall jeder Tonne eine Vermehrung der notwen-